

Große Anfrage

der Abgeordneten Susanne Kastner, Michael Müller (Düsseldorf), Hermann Bachmaier, Wolfgang Behrendt, Friedhelm Julius Beucher, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Ursula Burchardt, Marion Caspers-Merk, Christel Deichmann, Dr. Marliese Dobberthien, Ludwig Eich, Lothar Fischer (Homburg), Iris Follak, Arne Fuhrmann, Iris Gleicke, Angelika Graf (Rosenheim), Manfred Hampel, Christel Hanewinkel, Dr. Liesel Hartenstein, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Ingrid Holzhüter, Wolfgang Ilte, Renate Jäger, Volker Jung (Düsseldorf), Sabine Kaspereit, Siegrun Klemmer, Walter Kolbow, Thomas Krüger, Horst Kubatschka, Dr. Uwe Küster, Eckart Kuhlwein, Christine Kurzhals, Klaus Lennartz, Dr. Christine Lucyga, Christoph Matschie, Markus Meckel, Herbert Meißner, Ulrike Mehl, Jutta Müller (Völklingen), Georg Pfannenstein, Renate Rennebach, Dr. Edelbert Richter, Siegfried Scheffler, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. Emil Schnell, Gisela Schröter, Dietmar Schütz (Oldenburg), Richard Schuhmann (Delitzsch), Brigitte Schulte (Hameln), Reinhard Schultz (Everswinkel), Ilse Schumann, Dr. Angelica Schwall-Düren, Ernst Schwanhold, Rolf Schwanitz, Bodo Seidenthal, Horst Sielaff, Wieland Sorge, Dr. Dietrich Sperling, Dr. Peter Struck, Dr. Bodo Teichmann, Jella Teuchner, Dr. Gerald Thalheim, Wolfgang Thierse, Siegfried Vergin, Reinhard Weis (Stendal), Dr. Wolfgang Wodarg, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Umwelt- und sozialverträgliche Abwasserbehandlung und -vermeidung

Steigende Abwassergebühren sorgen bei sinkenden Realeinkommen und zusätzlichen Steuerbelastungen für Unmut in der Bevölkerung. In einigen Gemeinden sind die Abwassergebühren und Anliegerbeiträge sozial nicht mehr zumutbar. Lange vernachlässigte Investitionen zur Sanierung und Modernisierung von Abwasserbehandlungsanlagen und Kanalsystemen waren notwendig, um unsere Flüsse, das Grundwasser und die Ost- und Nordsee vor zu hohen Schadstoff und Nährstoffeinleitungen zu schützen. Dies hat in allen Kommunen, die investiert haben, zu steigenden Abwassergebühren geführt. Insbesondere in einigen ostdeutschen Kommunen und ländlichen Bezirken sind durch Fehlplanungen und übergroße Projekte Anliegerbeiträge und Gebühren verursacht worden, die für Normalverdiener kaum noch tragbar sind. Nicht korrekte Gebührenberechnungen haben zu zusätzlichem Unmut geführt. In Ostdeutschland wurden die großen Wasser- und Abwasserbetriebe z. T. in nicht wirtschaftliche, kommunale Betriebe und Zweckverbände umorganisiert. Dies hat teilweise zu besonders hohen Gebühren geführt. Die durch EG-

Recht vorgeschriebene dritte Reinigungsstufe zur Verminderung der Phosphor- und Stickstoffeinleitungen wird in vielen Kommunen zu zusätzlichen Gebührenerhöhungen führen.

Als schnelle Lösungen zur Begrenzung des Anstiegs der Abwassergebühren werden von interessierter Seite die Privatisierung der kommunalen Abwasserentsorgung, die Aussetzung oder ein Moratorium der Anwendung der nationalen und europäischen gesetzlichen Anforderungen an die Abwasserreinigung bzw. die Streichung des Abwasserabgabengesetzes gefordert. Schnelle Patentlösungen zur Erreichung niedriger Abwassergebühren gibt es aber nicht.

Der Schutz der Gewässer als natürliche Lebensräume und die Sicherung der Trinkwasserversorgung aus Oberflächengewässern und Grundwasser müssen hohe Priorität haben. Ein Rückschritt bei nationalen und europäischen Gewässerschutzstandards ist nicht akzeptabel. Notwendige Verbesserungen bei Abwasserreinigung und -vermeidung müssen mit Vorrang durchgesetzt werden. Unterlassener Gewässerschutz führt zu hohen Folgekosten.

Die umfassende Dienstleistung der Abwasserentsorgung durch die Kommunen muß mit angemessenen Gebühren bezahlt werden. Aber es gibt eine Fülle von Maßnahmen, die zur Beschränkung des Anstiegs der Abwassergebühren führen können. Vor allem muß die Belastung der Abwässer mit gefährlichen Stoffen vermieden bzw. vermindert werden.

Dezentrale Abwasserbehandlungsanlagen insbesondere im ländlichen Raum, Regenwasserversickerung und -nutzung, Teilstrombehandlung für Regenwasser und Abwasser aus Haushalten, Gewerbe, Schlachthöfen und Industrie können zu sparsameren, ökologisch sinnvolleren und vernünftigen Lösungen der Abwasserreinigung führen. Durch z. B. Renaturierung der Bäche und Flüsse, Entsiegelung und Verhinderung weiterer Versiegelungen, Begrünung von Dächern, abwasserableitungsfreie Häuser oder Komposttoiletten im ländlichen Bereich können Fehlinvestitionen und unnötig große Kläranlagen und Kanäle in Zukunft vermieden werden.

Auch auf Bundesebene sollte sachlich und ideologiefrei diskutiert werden, wie durch geänderte gesetzliche Regelungen und Anforderungen und Förderprogramme sinnvolle Maßnahmen zur Begrenzung der Kosten und Gebühren im Abwasserbereich ermöglicht oder gefördert werden können und gleichzeitig eine umweltverträgliche Abwasserbehandlung auf hohem Niveau durchgesetzt werden kann.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Wie hoch sind die Abwassergebühren in westdeutschen und ostdeutschen Städten, Gemeinden und Kreisen?

Wie hoch sind die niedrigsten und die höchsten Gebühren, und welche Ursachen sieht die Bundesregierung für die großen Unterschiede in der Höhe der Abwassergebühren?

2. Welcher Investitionsbedarf besteht in ostdeutschen und westdeutschen Kommunen bei der Sanierung und Modernisierung der Kläranlagen und Kanalsysteme, um die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen?
3. Welche Fördermittel stehen den Kommunen in den nächsten Jahren aus Länder-, Bundes- und EU-Haushalten hierfür zur Verfügung?

Wie hoch ist der Anteil der Fördermittel bei Sanierung und Modernisierung der Abwasseranlagen in Ostdeutschland und Westdeutschland?
4. Welche Auswirkungen werden die notwendigen Investitionen auf die Abwassergebühren in den Kommunen in den nächsten zehn Jahren in Ost- und Westdeutschland haben?
5. Wie unterscheiden sich die Abwassergebühren kommunaler und privater Anlagenbetreiber, und welche konkreten Hinweise gibt es, daß die Abwassergebühren bei privat betriebenen Abwasserbehandlungsanlagen über einen längeren Zeitraum niedriger sein würden als bei kommunalen Anlagen?
6. Welchen Einfluß haben die auf die Menge der Schadstoffeinleitungen erhobenen Abwasserabgaben auf die Höhe der Abwassergebühren?

Wie wird sich die 4. Novelle des Abwasserabgabengesetzes auf das Aufkommen aus der Abwasserabgabe auswirken?
7. Welche zusätzliche Besteuerung der kommunalen Abwasserentsorgung beabsichtigt die Bundesregierung, und welche zusätzlichen Gebührenerhöhungen würden dadurch verursacht?
8. Welche konkreten EG-Richtlinien, Gesetze, Verordnungen, Normen und Verbands-Regelwerke sind bei der Abwasserbehandlung und -entsorgung zu beachten?
9. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung bei der bestehenden Gesetzeslage, kostengünstige, dezentrale, ökologisch hochwertige Abwasserbehandlungsanlagen insbesondere im ländlichen Raum verstärkt zuzulassen, um insbesondere kostspielige Kanalsysteme zu vermeiden?
10. Welche Gesetze und Anforderungen müßten geändert werden, um kostensenkende dezentrale Kläranlagen mit hohem Abwasserreinigungsniveau verstärkt zu ermöglichen und zu fördern?
11. Welche Maßnahmen zur Verminderung der Schadstoffbelastung der Abwässer müßten am Ort des Anfalls der Abwässer oder vor seiner Vermischung durchgesetzt werden, um die Kosten der kommunalen Abwasserreinigung zu verringern?
12. Welche ungenutzten Möglichkeiten zur Abwasservermeidung bestehen, und durch welche Maßnahmen könnte die Abwasservermeidung verstärkt gefördert werden?
13. Wie sollte die Nichtversiegelung bzw. Entsiegelung von Flächen sowie die Begrünung von Dächern, dezentrale Regen-

- wasserversickerung und die Regenwassernutzung ordnungsrechtlich, über die Gebührengestaltung oder andere ökonomische Anreize gefördert werden?
14. Wie könnten die Kosten der Klärschlamm Entsorgung z. B. durch Verbot gefährlicher Chemikalien bei Waschmitteln, durch Teilstrombehandlung von Regenwasser und unterschiedlich belastetem Schmutzwasser aus Haushalten, Gewerbe, Schlachthöfen und Industriebetrieben verringert werden, um auch so zu erträglichen Gebühren beizutragen?
 15. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Verhaltensänderungen der Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf Abwassermeidung und verminderte Abwasserbelastung zu fördern?
 16. Wie könnten die Bürgerinnen und Bürger über Möglichkeiten der Eigeninitiative zur Senkung der Kosten der Abwasserreinigung und zur Beschränkung der Gebühren verstärkt informiert werden?
 17. Welchen Einfluß auf die Abwasser- und Trinkwassergebühren in den ostdeutschen Ländern hat die Nichtbezahlung von Gebührenrechnungen durch Treuhandunternehmen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diese Mißstände auszugleichen?
 18. Welchen Einfluß auf Abwassergebühren und Anliegerbeiträge in den ostdeutschen Ländern haben Praktiken der Treuhandanstalt bzw. deren Nachfolgegesellschaften, der Treuhandliegenschaftsgesellschaft sowie der Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft, Grundstücke als erschlossen zu verkaufen, die nicht die notwendigen Kanalanschlüsse hatten, und wie kann diesen Kommunen geholfen werden?
 19. Welchen Einfluß auf die Abwassergebühren in den neuen Ländern haben die (Alt-)Schulden der Abwasserentsorgungsunternehmen, und welche Möglichkeiten zur Entlastung sieht die Bundesregierung?
 20. Welche Änderungen der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure wären über § 29 hinaus notwendig, um Anreize zu überdimensionierten, unwirtschaftlichen Kläranlagen und Kanalsystemen in Zukunft auszuschalten?
 21. Wie müßten die Ortsdurchfahrtsrichtlinien geändert werden, um den kleinen Kommunen angemessene Straßenentwässerungsgebühren zukommen zu lassen?

Bonn, den 29. März 1995

Susanne Kastner
Michael Müller (Düsseldorf)
Hermann Bachmaier
Wolfgang Behrendt
Friedhelm Julius Beucher
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Ursula Burchardt
Marion Caspers-Merk
Christel Deichmann
Dr. Marliese Dobberthien
Ludwig Eich
Lothar Fischer (Homburg)
Iris Follak
Arne Fuhrmann
Iris Gleicke
Angelika Graf (Rosenheim)
Manfred Hampel
Christel Hanewinckel
Dr. Liesel Hartenstein
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Ingrid Holzhüter
Wolfgang Ilte
Renate Jäger
Volker Jung (Düsseldorf)
Sabine Kaspereit
Siegrun Klemmer
Walter Kolbow
Thomas Krüger
Horst Kubatschka
Dr. Uwe Küster
Eckart Kuhlwein
Christine Kurzhals
Klaus Lennartz
Dr. Christine Lucyga

Christoph Matschie
Markus Meckel
Herbert Meißner
Ulrike Mehl
Jutta Müller (Völklingen)
Georg Pfannenstern
Renate Rennebach
Dr. Edelbert Richter
Siegfried Scheffler
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Dr. Emil Schnell
Gisela Schröter
Dietmar Schütz (Oldenburg)
Richard Schuhmann (Delitzsch)
Brigitte Schulte (Hameln)
Reinhard Schultz (Everswinkel)
Ilse Schumann
Dr. Angelica Schwall-Düren
Ernst Schwanhold
Rolf Schwanitz
Bodo Seidenthal
Horst Sielaff
Wieland Sorge
Dr. Dietrich Sperling
Dr. Peter Struck
Dr. Bodo Teichmann
Jella Teuchner
Dr. Gerald Thalheim
Wolfgang Thierse
Siegfried Vergin
Reinhard Weis (Stendal)
Dr. Wolfgang Wodarg
Rudolf Scharping und Fraktion

